

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/110: 18.04.1947 – 16.08.1947

18.04.1947

WBZ: Die Briten sprengen am 18. April 1947 rund 6.000 t Munition, um die Insel Helgoland vollständig zu zerstören (x111/307).

19.04.1947

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 19. April 1947 in einem Leitartikel die "historische Ausstellung" der Polen, in der man die polnischen Westgebiete als "urpolnische Gebiete" darstellt (x028/187): >>Die Ausstellung über Polens Westgrenze, die in der Abteilung für slawische Studien stattfindet und von einem Mitglied des Abteilungsvorstands eröffnet wurde, gehört zu einem offiziellen polnischen Unterfangen, die schlichte Tatsache zu leugnen, daß die Oder-Neiße-Linie Polen nur als Entschädigung für die sowjetischen Annexionen der östlichen Provinzen eingeräumt wurde, und um völlig unhaltbare ethnische Behauptungen durchzupauken. ...<<

21.04.1947

WBZ: Die Besatzungsmächte unterzeichnen am 21. April 1947 ein Abkommen über die deutsche Kohlenproduktion (x111/308): >>... Sobald die deutsche Produktion 280.000 t täglich erreicht, werden 21 % davon für den Export verwendet.

Frankreich ist eines der Länder, das von vornherein Anspruch auf einen Teil der deutschen Ausfuhren hat.<<

22.04.1947

WBZ: Die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe der bayerischen Kirchenprovinzen rufen am 22. April 1947 zur Bewahrung der "gottgegebenen Menschenrechte" auf (x026/83-84): >>... Haltet die natürlichen und göttlichen Rechte der Menschen heilig, denn ohne sie seid ihr alle rechtlos, alle jenen ausgeliefert, welche die Macht haben, ihren Willen durchzusetzen, ganz gleich ob er dem Willen Gottes entspricht und mit der Menschenwürde in Einklang zu bringen ist oder nicht! ...

In Anwendung dieser Grundsätze auf das Flüchtlingselend sagen die Bischöfe Amerikas mit großem Ernst: "In Europa ist etwas geschehen, was die Geschichte noch nicht kannte. Auf Grund eines Abkommens zwischen den Siegerstaaten wurden Millionen von deutschen Menschen, die seit Jahrhunderten in Osteuropa ansässig waren, von ihrer Heimatscholle vertrieben und mittellos ins Herz Deutschlands gestoßen.

Die Leiden dieser Menschen auf ihren harten Wanderbewegungen, ihre Heimatlosigkeit und Hoffnungslosigkeit erzählen uns eine traurige Geschichte von der Unmenschlichkeit solcher Vertreibung.

Wäre bei den Besprechungen der Sieger die rechte Wertung von menschlicher Würde vorherrschend gewesen, so würde man sicher ein anderes Abkommen gefunden haben, um diese Bevölkerung in menschenwürdiger Weise umzusiedeln.

Wir rühmen uns unserer Demokratie. Aber bei diesen Menschenverschiebungen haben wir

uns, ohne es zu merken, in das Schlepptau der grausamen Theorien einer herzlosen totalen Staatsauffassung zerrren lassen."<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 10 – 1989 über diesen Aufruf der bayerischen Bischöfe vom 22. April 1947 "an alle, welche die natürlichen, gottgegebenen Menschenrechte heilig halten wollen" (x853/...): >>... "Die katholischen Bischöfe der Vereinigten Staaten Amerikas haben in dem Rundschreiben vom 17. November 1946 mit Recht betont:

"Wir halten es für eine selbstverständliche Wahrheit, daß alle Menschen gleich geschaffen sind, daß sie vom Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet wurden, wie mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Streben nach Wohlstand. Daher ist unseres Erachtens die Hochachtung vor den Rechten und Pflichten des Menschen, als Einzelmensch und als Glied der häuslichen und bürgerlichen Gemeinschaft, die erste Pflicht jeder Regierung gegenüber ihren Bürgern.

Der Staat fordert mit Recht von seinen Bürgern Mitarbeit am Gemeinwohl, aber das berechtigt ihn nicht zur Zwangsherrschaft mit Unterdrückung der persönlichen, politischen, sozialen und religiösen Grundrechte.

Was jedoch eine Regierung beim Gebrauch ihrer eigenen Hoheitsrechte nicht tun darf, das darf sie auch nicht genehmigen oder gar in versteckter Form begünstigen, wenn es um eine andere Regierung sich handelt bei Abmachungen, die wie Friedensschluß und Friedensschutz die Nationen betreffen." ...<<

24.04.1947

UdSSR: Die Moskauer Viererkonferenz (10.03.-24.04.1947) scheitert am 24. April 1947, weil die Westmächte der Sowjetunion weder die "demokratisch-antifaschistische" Ausrichtung Westdeutschlands noch Reparationen aus laufender Produktion oder die Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr zubilligen wollen (x009/405-406).

Im Abschlußkommuniqué der Moskauer Außenministerkonferenz wird am 24. April 1947 festgestellt, daß in den USA noch 30.976 deutsche Kriegsgefangene, in Großbritannien 430.000, in Frankreich 631.483 und in der Sowjetunion 890.532 interniert sind. Alle Kriegsgefangenen sollen bis spätestens 31. Dezember 1948 entlassen werden (x111/309).

Belgien: Die Interalliierte Reparationskonferenz legt am 24. April 1947 in Brüssel die jeweiligen Länderanteile an den westdeutschen Reparationslieferungen fest (x111/309-310):

>>Albanien = 0,4 %,
Belgien = 3,6 %,
Tschechoslowakei = 3,65 %,
Frankreich = 19,4 %,
Indien = 2,45 %,
Niederlande = 4,75 %,
Norwegen = 1,6 %,
Großbritannien = 27,78 %,
Jugoslawien = 8,1 %,
Australien = 0,8 %,
Kanada = 2,5 %,
Dänemark = 0,3 %,
Ägypten = 0,1 %,
Griechenland = 3,5 %,
Luxemburg = 0,27 %,
Neuseeland = 0,5 %,
Südafrika = 0,4 %,
USA = 19,9 %.<<

29.04.1947

USA: Außenminister George Marshall kritisiert am 29. April 1947 in einer Rundfunkansprache die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland (x111/310): >>Der Patient wird schwächer, während die Ärzte beraten. ...<<

30.04.1947

USA: Außenminister George Marshall beauftragt am 30. April 1947 den Diplomaten Georg F. Kennan, einen Ausschuß für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zu bilden, um geeignete Vorschläge und Hilfsmaßnahmen zu erarbeiten ("Geburtsstunde des Marshall-Planes").

April 1947

SBZ: Das sowjetische Internierungslager Jamlitz bei Lieberose wird im April 1947 aufgelöst. Die rund 4.400 deutschen Häftlinge werden in die sowjetischen Internierungslager Buchenwald und Mühlberg transportiert.

Im sowjetischen Internierungslager Jamlitz, das vor allem wegen seiner Hungerrationen berüchtigt war, starben von September 1945 bis April 1947 ca. 5.000 deutsche Häftlinge. Etwa 1.000 Inhaftierte wurden zur Zwangsarbeit in die UdSSR verschleppt (x126/74).

02.05.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Mai 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/63-65): >>2. Mai 1947. Der Frühling ist ins Land gezogen. Aber in was für ein Land - mit welchen Sorgen, Problemen, Kummernissen. Die Baracken in Friedland werden durch den Sonnenschein nicht schöner. ...

Briefe, Berge von Briefen, erreichen das Lager. Briefe, die deutsche Geschichte schreiben, ohne es zu wollen. Briefe, die von dem Elend unserer Nation zeugen. Briefe, aus denen Angst und Qual spricht. ... Briefe, ... Briefe ...

"Wir sind aus Neumarkt bei Liegnitz in Schlesien. Als wir fort mußten, verloren wir unseren vierjährigen Jungen aus den Augen und haben ihn seitdem nie wieder gesehen. Er heißt Alfred, hat graue Augen, ganz helles Haar, am rechten Ohr ist das Läppchen etwas eingerissen und er trug damals ein schwarzes Mäntelchen mit einer Pudelmütze. Ist das Kind vielleicht bei Ihnen? Wurde es von jemandem mitgenommen oder beobachtet? ... Wir machen uns jeden Tag die schlimmsten Vorwürfe."

Das schreiben schlesische Eltern, jetzt wohnhaft in Aurich.

Alle Briefe haben fast den gleichen Inhalt. In jedem Brief steht ein Schicksal aufgezeichnet, das Schicksal eines Menschen, der unter die Räder der großen Kriegsmaschine kam.

Jeder Brief wird von der Lagerleitung bearbeitet. Es wird gesucht, notiert, aufgeschrieben, geantwortet. Aber die meisten Briefe mit dem Absender "Flüchtlingslager Friedland/Leine" lauten etwa: "Leider konnten wir in unseren Unterlagen von dem von Ihnen Gesuchten nichts feststellen."<<

03.05.1947

Großbritannien: Die Londoner Wochenzeitung "The Economist" kritisiert am 3. Mai 1947 in einem Leitartikel noch einmal die "historische Ausstellung" über die polnischen Westgebiete (x028/187): >>... Die Polen wären gut beraten, in ihrem eigenen Interesse das Gerede vom mittelalterlichen slawischen Szczecin (das für die meisten Englisch Sprechenden immer noch Stettin heißt) fallenzulassen und ihre Sache, wie sie nun einmal geworden ist, auf dem Handel beruhen lassen, der nun wirklich durch das politische Tauziehen der Großmächte 1945 zustandekam und von Ethnographie so weit entfernt ist, wie von historischer oder irgendeiner anderen Gerechtigkeit. ...<<

09.05.1947

USA: Außenminister Marshall informiert US-Botschafter Arthur Lane am 9. Mai 1947 über die Gründe, die zur vorläufigen Festlegung der Oder-Neiße-Linie führten (x028/184): >>... Der Präsident ist in Potsdam gezwungen gewesen, einer Regelung zuzustimmen, die ihm sehr

unangenehm war.

Damals hatten ja die Russen das Territorium in der Hand. Sie hatten absichtlich den Sinn der erreichten Übereinstimmung verzerrt, doch wie die Notizen und Erklärungen der Konferenzteilnehmer klar beweisen, haben wir nicht in eine definitive Grenzziehung eingewilligt.<<

14.05.1947

USA: Der sowjetische Delegierte Gromyko erklärt am 14. Mai 1947 vor der UN-Vollversammlung zur geplanten Teilung Palästinas in einen unabhängigen jüdischen und einen unabhängigen arabischen Staat (x128/363): >>Die Erfahrung der Vergangenheit, insbesondere während des Zweiten Weltkrieges, zeigt, daß kein westeuropäischer Staat in der Lage war, dem jüdischen Volk in der Verteidigung seiner Rechte und bloßen Existenz vor der Gewalttätigkeit der Hitleristen und ihrer Verbündeten hinreichenden Schutz zu bieten. ...

Dies erklärt die Bestrebungen der Juden, ihren eigenen Staat zu errichten. Es wäre ungerecht, dies nicht in Betracht zu ziehen und das Recht des jüdischen Volkes auf Verwirklichung dieser Bestrebungen zu leugnen. ...

Die Vertreter der arabischen Staaten machen geltend, daß die Teilung Palästinas eine historisches Unrecht wäre, doch diese Auffassung des Falls ist unannehmbar, wenn auch nur, weil schließlich das jüdische Volk über einen ansehnlichen Zeitraum der Geschichte eng mit Palästina verbunden gewesen ist. ...

Es könnte nicht schaden, meine Zuhörer, nochmals zu erinnern, daß durch den Krieg, den Hitlerdeutschland entfachte, die Juden als Volk mehr gelitten haben als irgendein anderes Volk. ...<<

Der ehemalige deutsche Generalmajor Jochen Löser (1918-2001) berichtet später über die geplante Teilung Palästinas (x099/178): >>... England konnte es sich weder wirtschaftlich noch angesichts der kriegsmüden britischen Volksstimmung erlauben, ein großes Truppenkontingent in Palästina zu unterhalten, um Herr über den jüdischen Widerstand zu werden. Es überließ deshalb die Entscheidung über Palästina den Vereinten Nationen.

Dort ergab sich eine eigenartige Situation: Sowohl die USA als auch die Sowjetunion waren für Beendigung des britischen Mandats, für eine Teilung des Landes und die Gründung von zwei unabhängigen Staaten, einem jüdischen und einem arabischen.

Am 14. Mai 1947 hielt der russische Delegierte bei den Vereinten Nationen, Andrej Gromyko, eine Rede zugunsten der zionistischen Bestrebungen, einen jüdischen Staat zu gründen. Diese Änderung in der sowjetischen Einstellung, die während der vorhergehenden 30 Jahre den Zionismus aufs schärfste bekämpft hatte, war zweifellos von den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges beeinflusst. Aber nicht nur das allein; die Sowjetunion kam zur klaren Erkenntnis, daß von allen Elementen der Mittelostszene nur die jüdische Bevölkerung Palästinas und der Zionismus in der Lage waren, die Engländer aus der Region zu verdrängen und damit ein leichteres Eindringen der Sowjetunion ins Mittelmeer zu ermöglichen.

Das wurde ganz offensichtlich, als während des israelischen Befreiungskrieges von 1947/49 nur die Sowjetunion (über die Tschechoslowakei) die neugeschaffene Verteidigungsarmee Israels (IDF) mit Waffen belieferte, wogegen die westlichen Staaten ein Waffenembargo über den neugeborenen Staat Israel verhängt hatten.

Die in tschechischen Fabriken produzierten Mausergewehre, leichte Maschinengewehre vom Typ M. G. 34, Besa-Maschinengewehre und die Messerschmitt 109-Jäger waren die einzigen fabrikneuen Waffen, die dem um sein Leben kämpfenden Staat Israel zur Verfügung standen und ihm zum Siege verhalfen. ...<<

18.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 18. Mai 1947 während einer SPD-Tagung in Kassel (x111/318): >> ... daß sich kein sozialdemokratischer Ministerpräsident mit Vertretern der SED an einen Verhandlungstisch setzen kann, so-

lange die Sozialdemokratie in der Ostzone nicht als gleichberechtigte Partei anerkannt ist.<<
Ein Teilnehmer der Kasseler Veranstaltung schreibt damals in seinem Tagebuch über Kurt Schumacher (x111/318): >>... Ein Krüppel steht vor uns, mit nur einem Arm, magenkrank, nervös und spindeldürr. Hunger, Pein und Schmerzen haben ihn gekrümmt. Oft muß er aufgerichtet und getragen werden.

Trotzdem beherrscht der große Kopf mit der hohen, klaren Stirn, der kräftigen Nase, den durchfurchten Gesichtszügen und den großen Augen das Bild. Aus dem Geistigen muß die Wiedergeburt kommen.<<

21.05.1947

CSR: Eduard Benesch bestätigt am 21. Mai 1947 in der Zeitung "Lidova Demokracie" seine frühzeitigen Vertreibungspläne (x151/63): >>... Die erste Frage, die ich unserer Auslandsaktion schon im Jahre 1940 vorlegte, war die Frage des Abschubs der Deutschen aus unserem Land. Ich stellte die Frage direkt und integral (vollständig) und besprach sie offen, zuerst mit den Engländern, dann mit den Amerikanern, mit den Russen zuletzt.<<

22.05.1947

UdSSR: In der "Iswestija" vom 22. Mai 1947 wird der britische Außenminister Bevin kritisiert (x028/185): >>... Bevin versuchte, das bekanntlich sinnlose Argument vorzubringen, daß die Frage von Polens Westgrenze nicht geregelt sei und daß es sich dabei um eine Form von "Entschädigung" und nicht um eine Rückkehr alten polnischen Landes handelte.

Auch hier haben wir es mit dem offensichtlichen Versuch zu tun, das Potsdamer Abkommen zu revidieren und gewisse Zusagen zu umgehen, die sich aus dem Abkommen herleiten.

Die Frage von Polens Westgrenze ist ein für allemal geregelt worden und nicht mehr Gegenstand irgendeiner Revision.<<

31.05.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erläutert am 31. Mai 1947 vor dem Spitzengremium der SPD seine "Magnettheorie" (x111/322): >>... Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der deutschen Einheit möglich als diese ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist.

Es ist gewiß ein schwerer und vermutlich langer Weg.<<

Mai 1947

WBZ: Ein Zeitzeuge berichtet über eine "Hamsterfahrt" im Mai 1947 (x114/2.171): >>Hamsterzug. Mannheim ab 4.57 Uhr – Heidelberg 6.01 Uhr nach Lauda. 750 Sitzplätze.

Es fahren über 2.000 Personen. Leere Säcke, Rucksäcke, Koffer in übermäßiger Zahl werden mitgeschleppt. Der Berufsverkehr wird behindert. Schüler der Eberbacher und Mosbacher Schulen stehen auf den Trittbrettern.

Zwischen Osterburken und Lauda ergießen sich die Menschenmassen in die Dörfer. Kilometer werden gelaufen, die Bauern um zwei, drei Kartoffeln angebettelt, Mehl, Grünkern, Fett, Speck getauscht. ...

Abends kommen die Städter an die Bahnhöfe. Deutsche Polizisten umkreisen die Stationen. Die Bahnpolizei allein hat das Recht, auf dem bahneigenen Gebiet zu kontrollieren. Sie tut es nicht mehr. Seit dem Frühjahr bestehen diese Anordnungen.

Gelegentlich versuchen mehrere Polizisten gemeinsam eine Aktion. Sie beginnen bei den Frauen. Nehmen ihnen die Kartoffeln ab. Das Mehl. Die Eier. Tränen. Beschwörungen, Hinweise, daß regulär getauscht sei. Die Polizisten schafften die Ware beiseite. Kommen ein paar Männer hinzu, die den Frauen beispringen, gelingt es manchmal, die Kartoffeln, das Mehl, den Topf Schmalz wieder zurückzubekommen. Es gibt Prügel, Schläge prasseln auf die Städter, die zurückschlagen. ...

Wenn der Zug kommt, dann retten sich die Städter auf die Bahnsteige. Aber auch hier gehen die Kämpfe oftmals weiter. Säcke werden von den Wagenbühnen, von den Trittbrettern gerissen. Frauen, Flüche, zerrissene Kleider, Blut und schlagende Knüppel. ...<<

Großbritannien: Der britische Historiker Arnold J. Toynbee (1889-1975) erklärt während einer Vorlesung im Mai 1947 (x067/194): >>... In einer Europäischen Union, die sowohl die Sowjetunion als auch die USA ausschliesse – und das ist der hypothetische Ausgangspunkt für den Versuch, eine europäische Dritte Großmacht zu konstruieren -, muß Deutschland früher oder später auf diesem oder jenem Wege die Führung übernehmen, und zwar selbst dann, wenn dieses Vereinte Europa mit einem Deutschland gegründet werden würde, das entwaffnet und dezentralisiert oder sogar geteilt wäre.

In diesem Raum, der zwischen den USA und der Sowjetunion liegt, hält Deutschland eine beherrschende Mittellage besetzt:

Die deutsche Nation ist eineinhalb Male so groß wie die nächstgroße Nation Europas; das deutschbewohnte Herz Europas (dabei sind weder Österreich noch der deutschsprachige Teil der Schweiz berücksichtigt) enthält einen vorherrschenden Anteil des gesamten schwerindustriellen Potentials von Europa – an Rohstoffen, Fabrikanlagen und Fachkräften; und die Deutschen sind ebenso leistungsfähig, sowohl Menschen als auch sonstiges Kriegsmaterial zur Kriegsführung zu organisieren, wie sie andererseits unfähig zum Versuch sind, sich selbst zu regieren und unerträglich als Herrscher über andere Völker.

Gleichgültig, zu welchen Bedingungen Deutschland zu Beginn in ein Vereintes Europa einbezogen würde ... auf Dauer gesehen würde es ein solches Europa beherrschen; und sogar dann, wenn die Vorherrschaft, die es gewaltsam in zwei Kriegen vergeblich zu gewinnen versucht hatte, ihm diesmal friedlich und schrittweise zufallen würde, wird kein nichtdeutscher Europäer glauben, daß die Deutschen – sobald sie erfaßt haben, daß sich diese Macht in ihrer Reichweite befände – so weise wären oder sich selbst beherrschen könnten, ohne Peitschenschwingen und Quälereien auszukommen. Diese deutsche Frage würde sich als unüberwindliches Hindernis bei der Errichtung einer europäischen dritten Großmacht herausstellen. ...

Besonders in Westeuropa (und Westeuropa ist das Herz Europas) sind die Traditionen nationaler Individualität so stark, daß die engste Europäische Union, die auch durchführbar wäre, noch zu lose verbunden sein würde, um mehr als eine unwichtige Figur im Machtspiel zu sein.

...<<

03.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/65-66): >>3. Juni 1947. Die Tagesration eines Normalverbrauchers, die nach der 102. Kartenperiode ... 1.014 Kalorien pro Tag enthalten soll, beträgt nach deutschen Feststellungen tatsächlich nur 838,5 Kalorien.

"Diese Zuteilung liegt erheblich unter den Rationen, die den KZ-Insassen (während des NS-Regimes) gewährt wurden", schreibt eine von der Militärregierung lizenzierte Zeitung dazu.

Und immer noch strömen Menschen durch Friedland. ... Es steht schlimm um Deutschland. ...

Man schätzt, daß monatlich mehr als 15.000 Menschen illegal die Zonengrenze in Richtung West oder Ost überschreiten. Auch Menschen, die jeden Halt und eine noch so lockere Ordnung ablehnen oder verlernt haben. Dazwischen ausgesprochen kriminelle oder asoziale Elemente. ...<<

05.06.1947

USA: US-Außenminister George C. Marshall (1880-1959) stellt am 5. Juni 1947 in der Harvard-Universität das nordamerikanische Hilfsprogramm "ERP" (European Recovery Programm) für Westeuropa vor (x058/379): >>Die Wahrheit ... ist, daß Europas Bedarf an Lebensmitteln und anderen lebenswichtigen Produkten aus dem Ausland - vor allem aus Amerika - in den nächsten 3 oder 4 Jahren so viel größer ist als seine augenblickliche Zahlungsfä-

higkeit, daß es substantielle, zusätzliche Hilfe braucht oder sich einer sehr ernsten wirtschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Krise gegenübersteht. ...

Es ist logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun sollten, was in ihren Kräften steht, und die Wiederkehr normaler wirtschaftlicher Gesundheit in der Welt zu unterstützen, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann.

Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder eine Ideologie, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.

Ihr Ziel soll die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft sein, um die Rückkehr politischer und sozialer Bedingungen zu erlauben, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß solche Hilfe nicht stückweise erfolgen kann, je nach Verlauf verschiedener Krisen. Jede Hilfe, die unsere Regierung in der Zukunft gewähren mag, sollte mehr eine Heilungskur als ein Linderungsmittel darstellen.

Jede Regierung, die die Aufgabe des Wiederaufbaus bereitwillig unterstützt, wird die Regierung der Vereinigten Staaten zur Zusammenarbeit bereit finden.

Keine Regierung kann Hilfe von uns erwarten, die durch Manöver den Wiederaufbau anderer Länder zu blockieren versucht. ...<<

Nachdem Stalin in allen befreiten bzw. besetzten Ländern kommunistische Diktaturen errichtet hatte, beginnt ab 1947 die nordamerikanische Eindämmungspolitik ("Truman Doktrin"), um ein weiteres Vordringen der UdSSR zu verhindern.



Abb. 75 (x149/116): Welche Zielsetzungen des Marshallplanes bringt dieses Werbeplakat zum Ausdruck?

Der Marshall-Plan (wirtschaftliche und finanzielle Hilfsaktion für westeuropäische Staaten) soll vor allem den Wiederaufbau der westeuropäischen Wirtschaft unterstützen und den Expansionsdrang des Stalinismus stoppen bzw. beenden.

Im Rahmen des Marshall-Planes erhalten die westeuropäischen Länder von 1948-52 etwa 14,7 Milliarden Dollar. Der Anteil der Bundesrepublik beträgt 1,5 Milliarden Dollar (x073/225). Dieser Darlehensbetrag wird später in voller Höhe zurückgezahlt.

Die Nordamerikaner können die erforderlichen finanziellen Hilfen bereitstellen, weil sie damals große Außenhandelsüberschüsse erzielen. Von 1938-47 kann Nordamerika die industrielle Produktion mehr als verdoppeln, so daß man in der Lage ist, das Hilfsprogramm für Westeuropa zu finanzieren (x028/233).

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über den Marshall-Plan (x068/275-278): >>... Marshall, bei Beginn des Zweiten Weltkriegs Generalstabschef und militärischer Berater Roosevelts, war beteiligt an der Zerschlagung Mittel- und Südeuropas - und nach dem Krieg baute er es wieder auf.

Erst Volltreffer auf Volltreffer, dann ein Bombengeschäft; ein Bombengeschäft aber schon zur Zeit der Volltreffer, ja schon davor. Dafür erhielt der General 1953 den Friedensnobelpreis – zusammen mit Albert Schweitzer! (Der eigentliche Vater des Marshall-Planes soll freilich Will Clayton gewesen sein, der stellvertretende Wirtschaftsminister).

Außenminister Marshall hatte den Plan erstmals am 5. Juni 1947 in einer Rede an der Harvard University vorgeschlagen, und am 3. April 1948 trat die Wirtschaftshilfe in Kraft, zunächst allerdings nur für die westeuropäischen Staaten. Seit 1950 wurde jedoch auch Westdeutschland einbezogen. Bald nämlich wandte sich Amerikas große Liebe dem ehemaligen Erzfeind zu. Die Deutschen konnten, zur Verzweiflung getrieben, den Sowjets in die Arme fallen und dann mit ihnen gemeinsam den Westen tödlich bedrohen.

Also päppelte man gerade die Exnazis wieder auf, überaus erfolgreich und ganz selbstlos, aus purem Mitleid mit dem verführten Volk, dessen böse Führer man hängte; ein paar Teufel, fast an zwei Händen herzuzählen, worauf die blanke Unschuld zum Vorschein kam; harmlose Mitläufer allenfalls, Nachläufer, die nun gleich weiterlaufen konnten, sollten, mit denen sich das alte Spielchen einer flotten Aufrüstung, vielleicht eines flotten Aufmarsches; Einmarsches gar, wiederholen ließ.

"Nach Ostland ..." – nur diesmal eben im Dienst der guten Sache.

Waren die Russen Feinde, mußten die Deutschen Freunde werden. Und mit den Deutschen brauchte man weitere europäische Länder, am besten ganz Europa. Ganz Europa eine Abwehrfront, eine Aufmarschbasis. Auf jeden Fall aber ganz Europa ein Absatzmarkt für US-Produkte, ein Absatzmarkt, größer als der eigene daheim. Über England drang man vor - das Trojanische Pferd der Überseeler, denen ja auch ein großer Teil des englischen Kapitals gehörte. Aber das konnte und sollte überall in Europa, in Westeuropa, so werden.

Man pumpte also zwischen 1948 und 1952 rund 13 Milliarden ins christliche Abendland: 3,1 Milliarden für Großbritannien, 2,6 Milliarden für Frankreich, 1,4 Milliarden für Italien, 1,3 Milliarden für Westdeutschland, 1,0 Milliarden für die Niederlande, um nur die Spitzenempfänger zu nennen. Mit humanitärer Hilfe hatte das so gut wie nichts zu tun, so gut wie alles aber mit geschäftlichen und machtpolitischen Bedürfnissen – selbst da, wo man nicht langfristige Kredite dafür nahm, sondern sogar schenkte.

Für den US-Senator Arthur H. Vandenberg trug die Marshall-Plan-Hilfe – "durchaus der harten Wahrheit Rechnung – ob wir sie mögen oder nicht -, daß die Eigeninteressen der USA, unsere nationale Wirtschaft und unsere nationale Sicherheit mit diesen Zielen untrennbar verbunden sind".

Man beachte die Reihenfolge: die Wirtschaft kommt zuerst (die Sicherheit dient eigentlich nur dem Geschäft). Auch in der Präambel des Plans stand schon, daß er "Macht und Stabilität" der USA auf westdeutschem Boden sichern sollte. Für Deutschlands Spaltung, seine Wiederaufrüstung, für die eventuelle Reservierung als Schlachtfeld segneten die Sieger die Besiegten, zogen sie sich heran, was sie brauchten. Und wenn kein riesiges Schlachtfeld, so jedenfalls ein riesiger Marktplatz.

"Wir brauchen große Märkte, auf denen wir verkaufen und kaufen können", bekannte der stellvertretende amerikanische Wirtschaftsminister Will Clayton, der auch privat als Ge-

schäftsmann dabei seine Geschäftchen machen konnte. Denn schließlich treibt ein US-Amerikaner die Politik des Geschäftes wegen und nicht umgekehrt. Und natürlich treibt er sie nur für jene, die bereit sind, sich in seinem Sinn, für seine Sache, seine Geschäfte zu engagieren. So sagte Dean Acheson, seit 1949, dem Rücktritt Marshalls, neuer Außenminister, über das Auslandshilfeprogramm seines Staates: "Menschen, die unseren Glauben teilen, wollen wir helfen, weiterhin so zu leben, wie sie leben wollen."

Doch wehe, wenn sie diesen Glauben nicht teilen!" Unser" Glaube muß es schon sein. Und "unser" Interesse. Und "unser" Profit.

Die deutschen Michels aber, als ausgehungertes Konsumgut, als potentiell Kanonenfutter eingekauft, bekamen in Erinnerung daran Jahrzehnte später noch glänzende Augen. Seinerzeit ... schien es ihnen, als hätten sie das Heil der Welt geschaut. Und den Allerklügsten scheint es noch heute so. Wie sie vordem für Hitler waren, so nun für die neuen Herren. Und wie sie einst für jenen starben, millionenweise, so sind sie seitdem präpariert, für diese zu krepieren; dort für Arbeit und Brot, Blut und Boden, Kraft durch Freude, da für Kleider, Konserven, Mais und Trockenmilch - von der doch selbst ihre jetzige Nummer eins (viele meinen, gar noch eine Nummer davor) gezehrt. Und ist es nicht gut angeschlagen?

Ja: "... was unsere amerikanischen Freunde in der Stunde der Not für uns taten" – das taten sie für sich, Mr. Kohl.

Der italienische Sozialist Pietro Nenni nannte den Marshall-Plan "ein ökonomisches Instrument der Truman-Doktrin und der Wallstreet-Politik". Der russische Außenminister Molotow geißelte ihn als imperialistische Verschwörung zur Versklavung Europas, was etwa auf dasselbe hinauslief. Jedenfalls sollte er alle europäischen Staaten umfassen, hätten die USA ihre Hilfe doch am liebsten auf ganz Europa ausgedehnt, vorerst. Aber nur 16 Staaten konnten zugreifen und wurden eher mehr als minder amerikanisiert.

Am 20. Januar 1949 erweiterte dann Truman im vierten Teil seiner Antrittsrede die in Europa bereits so bewährte technische und finanzielle Hilfe auch auf die "unterentwickelten" Gebiete der Welt (dann feiner "Entwicklungsländer" genannt: erst hatte man sie - meist "Kolonien" - aufs Äußerste geschröpft; darauf, fortschrittlicher, das große Schröpfen zeitgemäß entwickelt). Natürlich sollte die Hilfe, die Entwicklung, auch dem Entwickelnden selbst etwas zugute kommen, ihm sogar, offen gesagt, zuerst und am meisten, denn sonst könnte er sich ja gar nicht, noch dazu so groß, entwickeln.

Und flößen dabei auch Millionen um Millionen Dollar vor allem in die Taschen der Herrschenden vieler Entwicklungsländer, so war dies gewiß mit einkalkuliert. (Man braucht Verbündete - und wer herrscht viel Geld, um vor Bestechungen sicher zu sein.) Hauptsache die Rechnung im Ganzen ging auf. Ende 1959 hatten die diesbezüglichen Gesamtausgaben bereits eine Höhe von 72,5 Milliarden erklommen.

Leider konnte man nur einen Teil Deutschlands befreien. Zwar war dieser Teil zunächst größer, doch trat man dann Teile des Teils, die man schon in Händen hatte, rücksichtsvollerweise den Russen ab. So konnten sich da und im übrigen Mitteldeutschland seit dem 22. April 1946 die echten Sozialisten (SED) entfalten, darauf auch allerlei Enteignungsmaßnahmen, Bodenreformen etc. Schließlich gab es Währungsreformen hier und dort, und endlich war die Spaltung perfekt. Jede Seite hatte einen Brocken, und die Welt war sicherer. Sogar Deutschland war sicherer vor sich selbst - jedenfalls so lange, bis es sich wieder vereinigte.<<

James P. Warburg (Berater der US-Militärregierung in Deutschland) begründet später die nordamerikanische Eindämmungspolitik wie folgt (x156/40-41): >>Von der Lösung, die für die deutsche Frage gefunden wird, hängt nicht nur unser eigenes Glück und unsere eigene Wohlfahrt ab, sondern auch die Sicherheit unserer Nation, mehr noch die Weiterentwicklung der menschlichen Zivilisation auf unserer Erde überhaupt. ...

Es mag ... wohl sein, daß das, was sich heute in Deutschland ereignet, uns gefühlsmäßig nicht

sehr nahegeht, insoweit, als es sich dabei um unsere Sympathie für das deutsche Volk handelt. Aber dennoch hat all das aus einem ganz anderen Grunde für uns eine tiefe und lebenswichtige Bedeutung: diese Vorgänge berühren nicht nur das deutsche Volk, sondern die ganze Welt.

...

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an der Zukunft Deutschlands, weil Deutschland das Versuchsfeld für ein großes Experiment ist, das wir machen müssen. Wir müssen versuchen, einen dauernden Frieden durch die Zusammenarbeit der großen Mächte zu verbürgen. Deutschland ist das Laboratorium, in dem dieses Experiment gelingt oder mißlingt. ...

Jede einzelne Frage, die im Zusammenhang mit der Schaffung einer festen und dauerhaften Friedensordnung auftaucht, spiegelt sich in irgend einer Weise in dem unruhigen Teile Europas wider, der zwischen der Weichsel und dem Rhein liegt. Zwischen diesen beiden Strömen müssen Ost und West sich begegnen, sich die Hände reichen und sich in Freundschaft und Frieden an die Arbeit machen.

Ist das nicht der Fall, dann gibt es keinen Frieden für die Welt. Gewiß, zwischen Rhein und Weichsel kann der Frieden nicht in seiner umfassenden Ganzheit geschaffen werden, aber er kann dort so verloren werden, daß es überhaupt kein Heilmittel mehr gibt.

Wir Amerikaner haben ein vitales Interesse an Deutschland und an seiner Zukunft nicht allein, weil Deutschland die Stelle ist, von der alle Unruhe in Europa ausging. Es ist vielmehr der Punkt, an dem der Hebel angesetzt werden muß zu einer Neuordnung und zu einer Gesundung der ganzen europäischen Wirtschaft.

Geographie, Geologie und moderne Technik haben Deutschland in dem Leben von ganz Europa eine Schlüsselstellung gegeben. Es mag uns passen oder nicht, die deutschen Ströme und die deutschen Verkehrswege sind Zugang zum Herzen des Kontinents, die deutschen Bergwerke versorgen Westeuropa mit Kohle. Das deutsche Volk stellt auch noch heute in der Niederlage die größte Zahl von Facharbeitern in Europa.

Alle diese Elemente machen zusammen aus Deutschland einen Hauptfaktor der europäischen Produktionskapazität, aber auch einen der wichtigsten Märkte für den Absatz von Waren, die in anderen Ländern hergestellt werden. ...

Kohle ist das Herz der modernen Industriewirtschaft, aber es gibt nur wenige Völker auf der Erde, die ihren Kohlenbedarf im eigenen Lande decken können. Abgesehen von Rußland sind alle europäischen Völker auf Kohlenlieferungen aus den 3 Kohlenüberschußgebieten angewiesen.

Diese 3 Überschußgebiete waren Großbritannien, das deutsche Ruhrgebiet und Oberschlesien. Zwei von diesen Kohlengebieten fallen im Augenblick aus oder können nicht in sichere Rechnung gestellt werden. Großbritannien, das früher 78 Millionen Tonnen im Jahre exportierte, hat heute Schwierigkeiten, den eigenen Bedarf aus der eigenen Produktion zu decken.

Oberschlesien, das während des Krieges für die Nazis angeblich 100 Millionen Tonnen pro Jahr förderte, steht jetzt unter polnischer Herrschaft, und die oberschlesische Förderung wird aller Wahrscheinlichkeit nach und nach Rußland oder nach solchen Ländern gehen, die an die russische Wirtschaft angeschlossen sind. Diese Tatsache wird dadurch nicht verschleiert werden können, daß oberschlesische Kohle auch gelegentlich nach anderen Ländern verkauft werden mag.

So bleibt für ganz Westeuropa als Kohlenbasis mit exportfähigem Überschuß nur das deutsche Ruhrgebiet übrig. Wenn es der Ruhr nicht gelingt, Kohle für Skandinavien, für die Niederlande, für Frankreich, die Schweiz, Italien, Griechenland und die Pyrenäenhalbinsel zu fördern, dann bleiben eben diese Völker ohne genügende Brennstoffversorgung, es sei denn, daß sie Kohle zu Preisen in den Vereinigten Staaten kaufen, auf denen außerordentlich hohe Kosten des Schiffstransports lasten. ...

Das sind einige von den vielen Gründen, die dafür sprechen, daß Deutschland in der Zukunft

genau so wie in der Vergangenheit mit die wichtigste Stelle sein wird, an der der Hebel für die wirtschaftliche Neuordnung Europas angesetzt werden muß.

Wenn man das nicht will, so muß man eben das deutsche Volk gänzlich ausrotten oder versklaven, das deutsche Volk aufteilen und von den Nachbarländern annektieren lassen.

Da niemand an solch drastische Maßnahmen denken kann, besteht das deutsche Problem heute nicht nur aus der Frage, wie man das deutsche Volk friedfertig und dem Gesetz gehorsam machen, sondern auch darin, wie man das Können, die Arbeitskraft und die natürlichen Hilfsmittel einer neuen und friedfertigen deutschen Nation zum Besten Europas und der Welt wirksam werden lassen kann. ...<<

06.06.1947

WBZ: Nach einem Streit um die Tagesordnung findet die gesamtdeutsche Münchener Konferenz vom 6. bis zum 8. Juni 1947 ohne die Ministerpräsidenten der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) statt.

Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard bekennt sich bei dieser Konferenz zur deutschen Einheit (x111/325): >>Trotz der Aufspaltung in 4 Zonen geben wir keinen Teil unseres deutschen Vaterlandes auf.

Trotz des Weggangs der Ministerpräsidenten der Ostzone bleiben wir auch diesem Teil Deutschlands zutiefst verbunden.

Den deutschen Osten und Berlin betrachten wir als lebenswichtige Bestandteile Deutschlands.<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später die gesamtdeutsche Münchener Konferenz (x243/161): >>... Der einzige bedeutende Versuch deutscher Politiker aus allen Zonen, miteinander ins Gespräch zu kommen, sei mit der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 vor allem durch das Verhalten der Ministerpräsidenten aus der Sowjetzone gescheitert.<<

07.06.1947

WBZ: Im Verlauf der Münchener Konferenz werden die deutschen Emigranten am 7. Juni 1947 zur Rückkehr aufgefordert (x111/326): >>... Die in München versammelten Chefs der deutschen Länderregierungen richten an alle Deutschen, die durch den Nationalsozialismus aus ihrem Vaterland vertrieben wurden, den herzlichen Ruf, in ihre Heimat zurückzukehren.

Ein tiefes Gefühl der Verantwortung erfüllt uns ihnen gegenüber. Wir haben sie schweren Herzens scheiden sehen und werden uns ihrer Rückkehr freuen.

Ihrer Aufnahme in unserem übervölkerten und unwirtlich gewordenen Lande stehen zwar große Schwierigkeiten entgegen. Wir werden aber alles tun, um gerade ihnen ein neues Heim zu schaffen.

Jene Emigranten, die Deutschland lieben und unsere Wirrsal in ihrer geistigen und historischen Tiefe kennen, sind besonders berufen, Mittler zwischen uns und der übrigen Welt zu sein.

Sie, die sich deutscher Sprache und Kultur noch verpflichtet wissen, mögen sich hier davon überzeugen, daß unser Volk auch heute noch in seinem Kern gesund ist und daß seine überwältigende Mehrheit keinen anderen Wunsch hat, als friedlich und arbeitsam im Kreise der übrigen Völker zu leben.

Deshalb rufen wir sie auf, mit uns ein besseres Deutschland aufzubauen.<<

10.06.1947

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 10. Juni 1947 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/66-67): >>10. Juni 1947. Ein größerer Transport ehemaliger deutscher Nachrichtenhelferinnen und DRK-Schwestern, die 1944 in russische Gefangenschaft gerieten, traf aus einem Lager bei Woroschilowgrad im Donez-Gebiet in Friedland ein. Ein großer Teil der Frauen hat im Bergwerk gearbeitet. ...

Alle Frauen sind unterernährt. Ärztliche Diagnose: Dystrophie. Die 24jährige A. W. ... sagte: "Es müßte verboten werden, daß Frauen mit in den Krieg müssen." ...<<

11.06.1947

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erhält am 11. Juni 1947 in der französischen Zone Redeverbot.

14.06.1947

Frankreich: Das Internationale Komitee des Roten Kreuzes berichtet am 14. Juni 1947 über deutsche Kriegsgefangene, die in französischen Kohlenbergwerken arbeiten müssen (x130/-184): >>... Man hat festgestellt, daß sich Gefangene selbst verstümmelt haben - ein Beweis dafür, daß die Arbeitsbedingungen aufgrund des brutalen Zwangs unerträglich für sie wurden. Es ist unzulässig, daß den Gefangenen außer ihrer eigenen Arbeit auch noch die ihrer fehlenden oder verletzten Kameraden aufgebürdet wird.<<

19.06.1947

Dänemark: Nach einem Bericht der dänischen Zeitung "Jyllands Posten" vom 19. Juni 1947 versucht ein Vertreter der polnischen Regierung seit Tagen, ostdeutsche Flüchtlinge, die in dänischen Lagern untergebracht sind, zur Rückkehr zu bewegen (x111/332).

25.06.1947

Berlin: Der Alliierte Kontrollrat erteilt am 25. Juni 1947 "Grundsätze für die Demokratisierung des Unterrichts in Deutschland", Direktive Nr. 54 (x114/2.164): >>1. Die Möglichkeit, sich zu bilden, muß für alle in gleicher Weise sichergestellt werden. ...

4. Schulen mit Pflichtunterricht müssen ein zusammenhängendes Erziehungssystem bilden. Die Begriffe "Grundschule" und "Oberschule" müssen zwei aufeinanderfolgende Unterrichtsstufen und nicht zwei Unterrichtssysteme oder Unterrichtsarten bedeuten, die sich überschneiden.

... 5. Alle Schulen müssen es sich besonders angelegen sein lassen, den Sinn für staatsbürgerliche Verantwortlichkeit zu entwickeln und das Schwergewicht auf die demokratische Weltanschauung legen, und zwar durch die Auswahl der Schulbücherprogramme und des Unterrichtsmaterials sowie durch die Schulorganisation selbst.

6. Die Schulprogramme müssen sich zum Ziele setzen, Achtung und Verständnis gegenüber anderen Nationen zu entwickeln. Zu diesem Zweck ist dem Studium der lebenden Sprachen besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ohne einer von ihnen den Vorrang zu geben. ...<<

26.06.1947

Großbritannien: Der "Telegraf" berichtet am 26. Juni 1947 über eine "Sensation im polnischen Parlament" (x043/296): >>Der ehemalige stellvertretende Oberbefehlshaber des polnischen Korps in Schottland, General G. Paszkiewicz, beschuldigte laut Radio Warschau ... General Anders, daß er ihm Befehle zur Liquidierung des Premierministers der polnischen Exilregierung in London, W. Sikorski, gegeben habe. ...

Nachdem Sikorski bei einem Flugzeugunglück ums Leben gekommen war, seien alle seine Anhänger aus den polnischen Verbänden im Ausland entfernt worden. ...<<

27.06.1947

SBZ: Durch SMAD-Befehl vom 27. Juni 1947 wird die "Deutsche Wirtschafts-Kommission" (DWK) gebildet, die Aufgaben einer Zentralregierung wahrnimmt.

Der DWK gehören auch die zentralen deutschen Verwaltungen für Inneres (Polizei), Justiz, Volksbildung und Gesundheitswesen an, obwohl sie zunächst selbständig bleiben. Die DWK gründet z.B. auch den "Ausschuß zum Schutz des Volkseigentums" (Leitung: Erich Mielke - Vorläufer des Staatssicherheitsdienstes).

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Deutsche Wirtschaftskommission" (x009/104): >>DWK: ... Durch Befehl der SMAD Nr. 138 am 27.6.1947 konstituierte zentrale deutsche Verwaltungsinstanz für Industrie, Finanzen, Verkehr, Handel

und Versorgung, Arbeit und Sozialfürsorge, Land- und Forstwirtschaft, Brennstoffindustrie und Energie, Interzonen- und Außenhandel und Statistik.

Außerhalb der DWK wurden selbständige Zentralverwaltungen für Inneres, Justiz, Gesundheitswesen und Volksbildung errichtet. Die Vollmachten der Zentralverwaltungen waren zunächst beschränkt. Ihre Präsidenten bildeten ein Sekretariat; einen Vorsitzenden hatte die DWK zunächst nicht.<<

30.06.1947

SBZ: Um das Image der UdSSR als führende Weltmacht zu festigen und sie als Vorbild beim Aufbau des Sozialismus darzustellen", wird am 30. Juni 1947 die "Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion" - später umbenannt in "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft" (DSF) - gegründet.

Da ohne diese DSF-Mitgliedschaft kein Studium oder beruflicher Aufstieg möglich ist, werden bis 1982 etwa 6 Millionen DDR-Bürger DSF-Mitglieder (x092/947).

Juni 1947

SBZ: Im ersten Halbjahr 1947 werden folgende Reparationsgüter an die Sowjetunion ausgeliefert (x111/338): >>168 Waggons Schwellen, 28 Waggons Schienen, 10.034 Waggons Industriegut, 921 Waggons Zucker, 255 Waggons Getreide und Mehl, 160 Waggons Fahrzeuge, 609 Waggons Kali, 136 Waggons Benzin, 236 Waggons Maschinen, 42 Waggons Zement und 58 Waggons Textilien.<<

WBZ: Ein Zeitzeuge berichtet im Juni 1947 über das tragische Ende eines aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten deutschen Wehrmachtssoldaten (x114/2.178-179): >>Friedrich H., 37 Jahre, in einer kleinen Stadt lebend, kam im Sommer 1947 mit einem Gewicht von 91 Pfund aus der russischen Kriegsgefangenschaft.

Er war 1944 für tot erklärt worden, weil sein Kompaniechef ihn als "vermißt, wahrscheinlich gefallen" gemeldet hatte und später eine Reihe von Kameraden bezeugten, daß sie gesehen hätten, wie H. im Nahkampf gefallen sei.

Seit dem 22. August 1941 war er in russischer Kriegsgefangenschaft gewesen. Wie er diese Zeit durchgestanden hat, wird niemals mehr festzustellen sein.

Er kam aber im Juni 1947 wieder.

Am Abend des 19. Juni stand er vor dem Bahnhof des kleinen unzerstörten Städtchens. Unschlüssig, in der abgerissenen, zerlumpten Kleidung des aus Rußland Heimkehrenden. Niemand erkannte ihn, und auch er fand wohl die Menschen fremd.

Später wurde berichtet, er habe lange Zeit auf der Brücke gestanden und das Treiben der Badenden auf dem Fluß betrachtet, den kleinen Booten nachgeschaut, die im abendlichen Schein auf dem Wasser trieben.

Es wurde dämmrig als H. vor seinem einstigen Hause stand.

Wiederum wurde später – aus den Äußerungen der Umwohner - zusammengetragen, wie bemerkt worden sei, daß dieser einstmalige Soldat lange Zeit vor dem still liegenden Hause gestanden habe und auf ein Schild starrte, auf dem gemalt stand: Heinrich H. – Gemischtwarenhandlung.

Der Ablauf war dann etwa folgender: H. betrat sein Haus, mit dem unsicheren Ausdruck des Fragenden, des Nicht-Begreifenden. Er hat im zweiten Stock geläutet.

Frau H. erzählte, wenn auch verstört, dann später dem Kriminalpolizeiinspektor:

Ich habe gerade Strümpfe gestopft und da hat es geklingelt. Wie ich aufmache, sehe ich einen Soldaten, einen Mann, - wie ich gleich erkannt habe, war der aus russischer Kriegsgefangenschaft entlassen. Er sagte nichts, fragte nichts – schaute mich nur an.

Ich sage "Guten Abend" – er antwortet nicht – ich frage: "Kann ich was für sie tun?"

Da sagt er: "Kennst du mich nicht?" Ich war erschrocken – "Nein", sage ich –

"Ich bin Fritz". –

Ich bin furchtbar erschrocken – mein Herz, ich schlucke – sage: "Wer sind Sie"? –
"Ich bin Fritz – dein Mann" –

Er kam auf mich zu – ganz langsam, mit einem ganz unbewegten Gesicht. Er ging an mir vorbei, in die Küche – schaute sich um. Ich wußte nicht mehr, was ich machen sollte. – Ich fragte, er gab keine Antwort. Er schaute sich um, ging dann durch die Zimmer – immer ohne ein Wort, im Zimmer von den Kindern schaute er auf die Betten – die Kinder waren schwimmen – und dann fragte er: "Sind sie gesund"? –

Ich nickte - wir haben zwei, Herr Kommissar – ich wußte nicht, was ich denken sollte – da fragte er dann: "Warum steht denn auf dem Schild "Heinrich" und nicht "Friedrich" – und da habe ich ihm erzählt, daß er doch (für) tot erklärt sei und daß ich seinen Bruder geheiratet (hätte)und daß er nun das Geschäft führte und ich habe eben erzählt, wie es war und daß wir doch nicht damit gerechnet hätten, daß er wieder käme und was man eben so alles sagt. Sie wissen ja, und ich war aufgeregt und mein Mann – also Heinrich war doch nicht da –.

Fritz nickte und schaute mich immer so an, so wie ein Hund, verstehen Sie, wie ein Tier – es war furchtbar – wie er da so stand, mit den Lumpen und den Holzschuhen – und ich wußte mir nicht zu helfen und holte die Todeserklärung aus dem Schreibtisch und zeigte sie ihm, und ich weinte - aber er war so vollkommen reglos und er nahm, die Finger waren ganz verkrümmt und mager, das Papier und las, und dann sagte er – "Ich bin also tot" und er drehte sich um und ging hinaus.

Ich lief hinter ihm her – "bleib doch" und "es wird sich ja alles klären" – aber er ging fort und ich konnte ihn doch nicht festhalten, ich hatte doch das Essen für meinen Mann, für Heinrich, auf dem Feuer und für die Kinder - sie waren zusammen schwimmen, die Kinder sind ja von Fritz – und ich höre ihn noch, wie er aus dem Haus geht – ... "es ist furchtbar – ich kann doch nichts dafür – bestimmt nicht – so ein armer Mensch" –

Der Kriminalkommissar sagte dann nur noch, daß sie ihn eben tot gefunden hätten, ohne gewaltsame Zeichen, am Morgen im Fluß, unter einem Busch – "es hat halt nur noch bis hierher gereicht, dann hat das Herz eben nicht mehr gekonnt, nicht mehr gewollt". ...<<

03.07.1947

WBZ: Die französische Besatzungsmacht erklärt sich am 3. Juli 1947 bereit, 150.000 deutsche Flüchtlinge, die sich noch in Dänemark aufhalten, zu übernehmen (x111/342).

04.07.1947

SBZ: Der SED-Politiker Ernst Thape (1892-1985, Volksbildungsminister in Sachsen-Anhalt) schreibt am 4. Juli 1947 über eine Reise nach Süd- und Südwestdeutschland (x111/342): >>Ich hatte auf dieser Reise ... den Eindruck, daß sich das Wort "Deutschland" immer leiser anhört, je weiter man nach Südwesten kommt. In der französischen Zone ... vernahm ich es überhaupt nicht mehr! ...<<

09.07.1947

WBZ: Die US-Besatzungsbehörden werden am 9. Juli 1947 angewiesen, den deutschen Vertriebenen zu helfen (x020/85): >>... Sie werden Sorge dafür tragen, daß Personen deutscher Abstammung, die nach Deutschland umgesiedelt werden, die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen bürgerlichen und politischen Rechten gewährt wird. ... Sie werden geeignet erscheinende Maßnahmen ergreifen, um die deutschen Behörden bei der Durchführung eines Programms zur Wiederansiedlung zu unterstützen.<<

12.07.1947

SBZ: Der deutsche Pädagoge und Philosoph Theodor Litt (1880-1962) schreibt am 12. Juli 1947 nach dem Scheitern der "Moskauer Außenministerkonferenz" (x111/345): >>Es wird mir immer mehr zur Gewißheit: wir kämpfen einen aussichtslosen Kampf; unserem Volk ist nicht mehr zu helfen!

Jeden Tag verhärten sich die Dogmatismen mehr; wie ineinandergreifende Zahnräder treiben

sie sich gegenseitig vorwärts. Man redet von nationaler Einheit und tut alles, sie zu zerstören.
...<<

14.07.1947

WBZ: In Nürnberg streiken am 14. Juli 1947 wieder viele entkräftete Arbeiter. Sie protestieren gegen die völlig unzureichenden "Hungerrationen".

15.07.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) telegraphiert am 15. Juli 1947 nach Washington (x111/345): >>... Deutschland ist bankrott.<<

17.07.1947

Belgien: Die Interalliierte Reparationsagentur veröffentlicht am 17. Juli 1947 die verteilten deutschen Reparationsleistungen für den Zeitraum von Februar 1946 bis Ende Juni 1947 (x111/346): >>262 Handelsschiffe (760.995 BRT) und Industrieausrüstungen im Werte von 138,28 Millionen RM (Wert 1938). Zu den abgebauten Industriebetrieben gehören u.a. 31 Metallbetriebe, 3 chemische Werke und 2 Kraftwerke.<<

USA: Am 17. Juli 1947 ersetzt die US-Regierung die berüchtigte "Direktive JCS 1067" durch die "Direktive JCS 1779" und beauftragt US-Militärgouverneur Lucius D. Clay (1897-1978), den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zu unterstützen (x114/2.192): >>... Die amerikanische Regierung will, daß in Deutschland die politische Organisation und das politische Leben so schnell wie möglich eine Form annehmen sollen, die – auf der wesentlichen Grundlage wirtschaftlichen Wohlergehens – zu einer inneren Ruhe in Deutschland führen und zu dem Geist des Friedens zwischen den Nationen beitragen wird.

Ihre Aufgabe besteht daher im wesentlichen darin, daß sie helfen, die wirtschaftliche und erzieherische Grundlage für eine gesunde deutsche Demokratie zu legen, daß sie die aufrichtigen Bemühungen um eine Demokratie fördern und Bestrebungen, die die echte demokratische Entwicklung gefährden, unterbinden.<<

23.07.1947

SBZ: Die SED lehnt am 23. Juli 1947 die Teilnahme am Marshall-Plan ab.

31. Juli 1947

WBZ: Die Betriebsräte und Funktionäre des Industrieverbandes Bergbau protestieren am 31. Juli 1947 gegen die belgischen Reparationsforderungen im linksrheinischen Braunkohlengebiet (x111/350): >>Der Übergang verschiedener rheinischer Kraftwerke in belgischen Besitz bedeutet für die deutsche Kohlenwirtschaft, besonders für das linksrheinische Braunkohlengebiet, eine große Gefahr.

Die Betriebsräte und Funktionäre erkennen berechnete Forderungen auf Wiedergutmachung an, weisen jedoch darauf hin, daß die belgischen Forderungen nicht dem friedlichen Zusammenleben dienen und im Widerspruch zu den Grundsätzen stehen, die in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt und von 50 Nationen anerkannt worden sind. ...<<

Juli 1947

SBZ/Ostpreußen: Durch das fortgesetzte Eintreffen von russischen Zivilisten verlieren die Deutschen im östlichen Ostpreußen ab Juli 1947 allmählich ihre Arbeitsplätze und Wohnungen. Da die Arbeitskraft der ca. 100.000 Deutschen infolge des Zustroms von Russen mehr oder weniger entbehrlich ist, beginnt die "Aussiedlung" der restlichen deutschen Bevölkerung (x001/152E).

SBZ/Ostpreußen: Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/92E-96E): >>... Infolge der Menschenarmut, die auch durch den Zugang von Zivilrussen nur sehr wenig und nur ganz allmählich etwas behoben werden konnte, lag in den Jahren 1946-1949 der überwiegende Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach, womit eine zunehmende Versteppung einsetzte.

Lediglich einige der großen Güter wurden als sowjetische Kolchosen organisiert. Auf ihnen mußte der größte Teil der ländlichen deutschen Bevölkerung und teilweise auch die Bevölkerung der kleinen Städte arbeiten. Die Mehrzahl dieser Kolchosen befand sich in der Gegend um Insterburg, Gumbinnen, Schloßberg und Ebenrode.

Die Deutschen, die zwangsweise auf die Kolchosen verschleppt worden waren oder in Ermangelung anderer Existenzmöglichkeiten dort Arbeit gesucht hatten, lebten und arbeiteten in den Jahren 1946 und 1947 in äußerst primitiven Verhältnissen.

Die Wasser- und Lichtversorgung war kaum irgendwo in Gang gesetzt, die wichtigsten Maschinen und das Vieh waren abtransportiert, so daß mitunter Frauen vor den Pflug gespannt wurden und die Felder mit der Sense gemäht werden mußten. Die Gutshöfe waren großenteils verwildert, und es setzte sich die in Rußland seit altersher übliche Gewohnheit durch, leerstehende Scheunen und Gehöfte abzureißen und die Holzteile im Winter als Brennmaterial zu verheizen.

Durch die Ankunft von Zivilrussen, die gleichfalls auf den Kolchosen arbeiten mußten, wurden viele Deutsche aus ihren Unterkünften verdrängt und neue Belästigungen und Plünderungen hervorgerufen, gegen die es keine Wehr gab. Krankheiten, Erschöpfung durch die schwere Arbeit und mangelhafte Ernährung kamen hinzu und hielten den überwiegenden Teil der Landbevölkerung im nördlichen Ostpreußen in einem Zustand des bloßen Vegetierens. Einzelne versuchten deshalb, die streng bewachte Grenze zu überschreiten, die den nördlichen, sowjetischen Teil Ostpreußens von dem südlichen, polnisch verwalteten Teil trennte, um von dort aus nach Westen zu gelangen.

Eine besondere Anziehungskraft übten vor allem aber Litauen und Lettland aus. Viele Deutsche aus den östlichen Kreisen Ostpreußens, aber auch aus Königsberg machten sich trotz Verbots und drohender Verhaftung auf den gefährvollen Weg nach den baltischen Staaten, die zu dieser Zeit landwirtschaftlich und ernährungsmäßig wesentlich günstiger gestellt waren als das durch die Sowjets ausgeraubte und verwahrloste Ostpreußen.

Vor allem in das nahegelegene Litauen, vereinzelt aber auch nach dem entfernteren Lettland, zogen Frauen, Männer und viele Jugendliche aus Ostpreußen, um sich Nahrungsmittel zu erbetteln und dann zu ihren Angehörigen in Ostpreußen zurückzukehren oder auch, um dort zu bleiben und bei litauischen oder lettischen Bauern Arbeit und Brot zu finden.

Die große Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit der Litauer und Letten haben für viele Ostpreußen eine sehr wirksame Erleichterung ihrer Lage bedeutet und manchem Gelegenheit gegeben, sich den unerträglichen Verhältnissen und den sowjetischen Zwangsmaßnahmen solange zu entziehen, bis eine Ausreise nach Mittel- oder Westdeutschland möglich wurde.

Die große Masse der deutschen Bevölkerung in Königsberg und auf dem Lande mußte jedoch bleiben, wo sie war, und auf eine Besserung ihrer Lage in der Zukunft hoffen. Besonders niederdrückend war es, daß sie fast ohne jegliche Verbindung mit der Außenwelt lebte und nur die spärlichste Kunde vom übrigen Deutschland erhielt.

Der Grad der Abgeschlossenheit von der Welt, in der sich die Deutschen seit Januar 1945 in Ostpreußen befanden, wird daran deutlich, daß manche von ihnen erst im Herbst 1945 vom Waffenstillstand und vom Ende des Krieges erfuhren, und daß die Deutschen in Königsberg und in anderen Orten des nördlichen Ostpreußens erstmalig im Jahre 1946 Post von ihren Angehörigen aus Mittel- und Westdeutschland empfangen.

Im Gegensatz zu den anderen Provinzen Ostdeutschlands, in denen die Bevölkerung bereits seit dem Sommer 1945 zu Tausenden nach Mittel- und Westdeutschland ausgetrieben wurde, blieben die Deutschen im sowjetischen Teil Ostpreußens zwar im Lande, aber herabgedrückt auf die niedrigste Stufe menschlichen Daseins, die sie zwang, sich in primitivster Weise nur noch um die pure Erhaltung ihres Lebens zu kümmern, war ihnen die Heimat völlig entfremdet worden.

In Königsberg sowie in den Städten nahe der litauischen Grenze verhalf der Schwarzmarkt-Handel, der seit 1946 überall in Gang gekommen war, manchem, sich über Wasser zu halten. Seit Herbst 1945 war der Rubel als allein gültiges Zahlungsmittel eingeführt worden, und jedermann suchte durch Verkauf der restlichen irgendwie entbehrlichen Kleidungsstücke und noch nicht geraubten Sachgüter in Besitz von Rubeln zu kommen, mit denen auf dem Schwarzen Markt Lebensmittel zu teuren Preisen erstanden werden konnten.

In Königsberg, in Tapiau, Gumbinnen, Wirballen, Tilsit und anderen Orten wurde der Schwarze Markt sehr stark durch litauische und polnische Verkäufer belebt, und auch die russischen Soldaten suchten hier direkt oder indirekt Gelegenheit zu unsauberen Geschäften.

Während die Landbevölkerung weiter in unerträglich primitiven Verhältnissen lebte, begann sich seit 1947 wenigstens in Königsberg die Lage für die Deutschen etwas zu bessern. Seit dem Sommer flauten die Typhusepidemien ab. Im Dezember des gleichen Jahres kam die russische Währungsreform, durch die die Kaufkraft des Rubels erheblich erhöht wurde.

Seitdem wurden die Lebensmittel billiger und die Versorgung der am Leben gebliebenen deutschen Bevölkerung, die für Arbeitsleistungen nunmehr auch entlohnt wurde, allmählich geregelter.

Zu dieser Zeit hatte die alte Ordensstadt aber infolge des fortgesetzten Zuzugs russischer Zivilisten bereits das Aussehen einer russischen Stadt erhalten. Die ca. 25.000 am Leben gebliebenen Deutschen traten im Straßenbild kaum noch hervor, zumal sie weitgehend in die zerstörten und abgelegenen Stadtteile abgedrängt worden waren. Das fortgesetzte Eintreffen von Zivilrussen nahm den Deutschen auch allmählich ihre Arbeitsplätze, die für sie die einzige Existenzmöglichkeit bedeuteten.

Damit wurde es offensichtlich, daß die Deutschen in jeder Beziehung entbehrlich geworden waren, und es begann im Sommer und Herbst 1947, als durch die Besserung der Ernährungslage neue Hoffnung unter den Deutschen in Königsberg erwacht war, ihre Ausweisung nach den westlichen Teilen Deutschlands.

Ähnlich wie in Königsberg war das deutsche Bevölkerungselement in den anderen Städten, ebenso in den Kolchosen auf dem Lande, infolge der hohen Sterblichkeit in den Jahren 1945-1947 ständig geringer geworden und gegenüber den in steigendem Maße hinzukommenden Russen in den Hintergrund getreten. Die Deutschen verloren damit auch als Arbeitssklaven an Bedeutung, und mit der gleichen Entschiedenheit, mit der die Sowjets in der vergangenen Zeit verhindert hatten, daß sie das sowjetisch besetzte Ostpreußen verließen, betrieben sie in den Jahren 1947-1949 ihre Ausweisung.

Abgesondert von dem sowjetisch besetzten Teil Ostpreußens und getrennt von den dort ansässigen Deutschen erlebten nach Kriegsende die Memeldeutschen ein besonderes Schicksal. Mehrere Tausende von ihnen waren beim Einzug der sowjetischen Truppen im Herbst 1944 zurückgeblieben, und viele versuchten, nachdem sie geflüchtet waren, im Frühjahr und Sommer 1945 in ihre Heimat zurückzukehren. –

Wie alle anderen Gebiete, die während des nationalsozialistischen Regimes nach 1937 dem Reiche einverleibt worden waren, wurde auch das im Jahre 1939 durch einen Vertrag mit Litauen zurückgegliederte Memelland bei Kriegsende von den Siegermächten nicht als Teil Deutschlands betrachtet und wieder mit Litauen vereinigt, das nunmehr allerdings als Sowjetrepublik Litauen einen Teil der UdSSR bildete.

Die verlassenen Wohnungen und Gehöfte der geflohenen Deutschen wurden bereits im Frühjahr und Sommer 1945 zum großen Teil von Litauern besetzt, wodurch die Rückkehr der Deutschen von vornherein erschwert war. Dazu kam, daß bis zum Herbst 1945 die Grenze an der Memel für die rückkehrenden Deutschen gesperrt blieb, so daß diese meist im Kreis Tilsit und in anderen Gegenden südlich der Memel Zuflucht suchen mußten.

Dennoch gelang schon im Sommer 1945 und auch in den folgenden Jahren noch zahlreichen

Memeldeutschen die Rückkehr in die Heimat; teils ließen sie sich, weil sie vor 1939 die litauische Staatsbürgerschaft besessen hatten, von den Flüchtlingslagern in Mittel- und Westdeutschland sowie in Dänemark als litauische DP (Displaced Persons) repatriieren, teils kamen sie heimlich von Ostpreußen über die Memel zurück.

Ähnlich wie in Ostpreußen regierte auch im Memelland zunächst die russische Militärverwaltung, die ihre eigenen Kolchosen errichtete und dafür besonders die im Lande befindlichen Deutschen zur Arbeit heranzog.

Andere Deutsche mußten bei litauischen Bauern arbeiten. Trotz der nationalen Spannungen zwischen Litauern und Deutschen, die anlässlich der Rückgliederung des Memellandes im Jahre 1939 und durch die Beschlagnahme zahlreicher den Memeldeutschen gehörender Vermögen durch die Litauer im Jahre 1945 verstärkt worden waren, ist das persönliche Verhältnis zwischen Litauern und Deutschen im Memelland nach 1945 im allgemeinen durchaus freundlich gewesen. Der gemeinsame Gegensatz zur sowjetischen Herrschaft hat sehr zur Überwindung der seit dem Ende des ersten Weltkriegs aufgetretenen nationalen Gegensätze beigetragen.

Während des Frühjahres und Sommers 1945 ging die Zivilverwaltung im Memelland allmählich in litauische Hände über, obwohl russische Kommandanturen oft noch lange im Lande blieben. Sofern die Deutschen noch im Besitz ihrer Höfe waren, fiel ihr Land ebenso wie das der litauischen Bauern der im Jahre 1947 beginnenden radikalen sowjetischen Kollektivierungspolitik zum Opfer, die jeden privaten Grundbesitz aufhob.

Der Unterschied zwischen Deutschen und Litauern wurde dadurch immer mehr verwischt, und die Memeldeutschen, die inzwischen meist die litauische Staatsbürgerschaft angenommen hatten, leben infolgedessen heute nahezu gleichberechtigt zusammen mit ihren litauischen Nachbarn im Memelland.

Wieweit sie in sprachlicher und kultureller Hinsicht ihre Eigenart zu erhalten imstande sind, nachdem der größte Teil der Memeldeutschen auf dem Wege der Flucht nach Mittel- und Westdeutschland abgewandert ist, kann bei den spärlichen Nachrichten, die aus Litauen nach Westen gelangen, kaum festgestellt werden.<<

Jugoslawien: Im Juli 1947 verurteilt das jugoslawische Militärgericht in Laibach insgesamt 12 Deutsche (unter ihnen sind u.a. General Kübler und der ehemalige Gauleiter von Kärnten, Dr. Friedrich Rainer) und einen jugoslawischen Staatsbürger zum Tod (x006/586).

Großbritannien: Premierminister Attlee (1883-1967, ab 1935 Vorsitzender der Labour-Party, von 1945-1951 britischer Ministerpräsident) erklärt im Juli 1947 während einer Unterhaus-Debatte über die Unabhängigkeit Indiens (x067/261): >>Zu Anfang beschäftigten wir uns besonders mit Handel, der Gelegenheit bot, Reichtümer anzuhäufen. Im 18. Jahrhundert hatten die britischen Bürger, die aus Indien zurückkehrten, oft große Vermögen angesammelt und wurden "Nabobs" genannt.

Aber als die Zeit verging, gewann man mehr Bewußtsein von der Verantwortung, die in der Regierung durch die Ostindische Kompanie lag, eine Verantwortung für das Leben der vielen Millionen, die Gerechtigkeit und ruhiges Leben suchten. Der britische Verwaltungsbeamte in Indien richtete sich mehr und mehr am Wohlergehen des indischen Volkes aus, am Wohlergehen dieses großen Völkergemisches auf dem Kontinent, das durch Rasse, Kaste, Sprache und Religion getrennt ist. ...

Wenn wir über Jahre zurückblicken, sind wir sehr stolz auf die Arbeit, die unsere Mitbürger in Indien getan haben. Natürlich gab es Fehler, gab es Fehlschläge, aber wir können bekräftigen, daß unsere Herrschaft über Indien den Vergleich mit jeder anderen Nation aushält, die ein Volk zu regieren hatte, das so unterschiedlich von ihr selbst ist. ...

Darf ich hier an etwas erinnern, das man oft vergißt: So wie Indien seine Einheit und Freiheit von äußerer Aggression den Briten verdankt, so war der indische "National Congress" ge-

gründet und angeregt von Menschen unserer eigenen Rasse, und schließlich, daß jede Beurteilung unserer Regierung in Indien durch Inder nicht auf der Grundlage dessen geschieht, was für die indische Vergangenheit galt, sondern aufgrund der Prinzipien, die wir ihnen selbst eingeflößt haben. ...<<

06.08.1947

Berlin: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) kritisiert am 6. August 1947 auf einer Großkundgebung in Berlin die Politik der SED (x111/353): >>Wir haben den echten Separatismus hier im Osten erlebt. Das deutsche Volk will zueinander, aber die deutschen Kommunisten, das sind die Separatisten der Ostzone. ...

Und da erklären wir deutschen Sozialdemokraten gegenüber der Politik dieser kommunistischen Idee: Wir Sozialdemokraten, wir wollen die demokratische Republik, aber wir wollen nicht die Volksrepublik Sepistan. ...<<

14.08.1947

WBZ: 22 SS-Angehörige und Wachleute des ehemaligen Konzentrationslagers Buchenwald werden am 14. August 1947 in Dachau zum Tod durch den Strang verurteilt.

15.08.1947

WBZ: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) erteilt am 15. August 1947 den Befehl, illegal eingewanderte Grenzgänger in die sowjetische Besatzungszone abzuschieben.

Die Münchener Zeitung "Heute" berichtet am 15. August 1947 über ein Heimkehrerlager in Willingen im hessischen Bergland (x043/297): >>In Willingen ... finden Heimkehrer aus Rußland Erholung nach schweren Jahren. ...

Manchmal treffen sie - ausgemergelte, humpelnde, abgerissene Gestalten - mit anderen zusammen, die gutgenährt und braungebrannt aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft gekommen sind. ...

Ein Bericht der amerikanischen Militärregierung stellt fest: "Alle aus der Sowjetunion in die amerikanische Zone zurückkehrenden deutschen Kriegsgefangenen befinden sich in so schlechter körperlicher Verfassung, daß sie zu jeder Arbeit unfähig sind, und manche von ihnen werden nie wieder arbeiten können. ...<<

Großbritannien: Indien und Pakistan werden am 15. August 1947 in die Unabhängigkeit entlassen.

In den folgenden Jahren erfolgt schließlich die Auflösung des Kolonialgebildes British Commonwealth of Nations.

Indien: Mit Glockengeläut und Feuerwerk feiern die Inder am 15. August 1947 in Neu-Delhi ihre Unabhängigkeit und das Ende der über 190 Jahre dauernden britischen Kolonialherrschaft (x175/430).

16.08.1947

SBZ: Auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16. August 1947 werden "Sonderstrafkammern" der Landgerichte gebildet, um die Entnazifizierung durchzuführen.

In der sowjetischen Besatzungszone dient die Entnazifizierung hauptsächlich dazu, die NS-Führungsschicht, Kapitalisten und sog. "Staatsfeinde" auszuschalten. Die sowjetische Besatzungsmacht enteignet grundsätzlich alle Besitzer von Produktionsmitteln, falls man ihnen eine Zusammenarbeit mit dem NS-Regime zur Last legen kann. Ferner entläßt man in Mitteldeutschland alle "politisch belasteten" Richter, Verwaltungsbeamte und Lehrer aus dem öffentlichen Dienst.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Entnazifizierung" in der SBZ (x009/111): >>Grundlegend für die Entnazifizierung in der SBZ war das Potsdamer Abkommen. Die Entnazifizierung erfolgte

a) gemäß Kontrollrats-Direktive Nr. 24 vom 12.1.1946 (als wirtschaftliche und berufliche Maßreglung) durch "Entnazifizierungskommissionen";

b) gemäß Kontrollrats-Gesetz Nr. 10 vom 20.12.1945 ... (als gerichtliche Bestrafung) durch "Sonderstrafkammern" der Landgerichte, die auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 201 vom 16.8.1947 gebildet wurden.

Befehl 201 brachte die politische Gleichstellung aller nur nominellen Mitglieder der NSDAP, verlangte aber schärfere Strafen gegen Schuldige. Die Entnazifizierung war oft nur ein Vorwand, um Enteignungsmaßnahmen zu tarnen, vor allem in Befehl Nr. 124 der SMAD. - Zahlen über die Enteignung in der SBZ wurden nie veröffentlicht. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Enteignungen" in der SBZ (x009/110): >>Nach Art. 23 der Verfassung dürfen Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage gegen angemessene Entschädigung vorgenommen werden, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

In einigen Enteignungsgesetzen ist eine Entschädigung vorgesehen. Diese Ansprüche stehen jedoch oft nur auf dem Papier. Der Mißbrauch des Eigentums hat nach Art. 24 grundsätzlich entschädigungslose Enteignung und Überführung in das Eigentum des Volkes zur Folge. Private wirtschaftliche Unternehmen, "die für die Vergesellschaftung geeignet sind", können enteignet werden. Alle Bodenschätze, Naturkräfte, Bergwerke sowie die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung und der Energiewirtschaft sind gemäß Art. 27 und 25 der Verfassung verstaatlicht worden.

Schon vor dem Inkrafttreten dieser Verfassungsbestimmungen war das private Eigentum mehreren Enteignungsaktionen ausgesetzt. Durch die bereits 1945 eingeleitete Bodenreform wurden alle landwirtschaftlichen Privatbetriebe über 100 ha enteignet.

Die nach Befehl Nr. 124 der SMAD angeordnete Enteignung von "Kriegsverbrechern und Naziaktivisten" wurde als Vorwand benutzt, die wichtigsten Industriebetriebe mit etwa 40 % der Gesamtproduktion in Volkseigentum zu überführen.

Der SMAD-Befehl 201 vom August 1947 leitete die nächste Enteignungswelle ein, in der das Vermögen angeblicher Naziaktivisten und Kriegsverbrecher durch Strafurteile eingezogen wurde.

Die Vermögenseinziehung ist dann regelmäßig auch in anderen politischen Strafverfahren nach Art. 6 der Verfassung der Kontrollratsdirektive 38 und in zahlreichen Wirtschaftsstrafsachen verhängt worden. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das "Eigentum" in der SBZ (x009/105-106): >>Einen einheitlichen Eigentumsbegriff gibt es nicht mehr.

Man unterscheidet zwischen staatlich-sozialistischem Eigentum oder Volkseigentum, genossenschaftlich-sozialistischem Eigentum sowie dem Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das "Volkseigentum" ist die höchste Form des gesellschaftlichen Eigentums. Eigentümer ist das "gesamte werktätige Volk in Gestalt seines Staates". "Volkseigentum" ist also gleichzusetzen mit dem Staatseigentum. Es ist "die entscheidende ökonomische Grundlage der Arbeiter- und Bauern-Macht". Es entstand durch Enteignung.

Das genossenschaftliche sozialistische Eigentum ist gegenüber dem "Volkseigentum" gesellschaftliches Eigentum einer niederen Entwicklungsstufe, weil hier nur ein bestimmtes Produktions- oder Verbraucherkollektiv Eigentümer ist. Es entsteht durch Sozialisierung des Privateigentums der in den Genossenschaften vereinigten Bürger. ...

Das Privateigentum ist seit 1945 durch Enteignung stark reduziert worden. Zahlreiche Verfügungsbeschränkungen, vor allem für das Grundeigentum, haben den Begriff des privaten Eigentums ausgehöhlt. So bedarf die wirksame Übereignung eines bebauten oder unbebauten Grundstücks einer Genehmigung. ...

Das persönliche Eigentum ist das durch "eigene gesellschaftliche Arbeit" erworbene Eigentum an Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Hierzu werden auch Siedlungshäuser und Eigenheime gerechnet, nicht dagegen der Grund und Boden, der niemals Objekt des persönlichen

Eigentums sein kann.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Periodisierung" (Klassenkampf) in der SBZ (x009/325): >>Nach der marxistischen Theorie entwickelt sich die menschliche Gesellschaft in einer Kette von Klassenkämpfen. ...

Die erste Phase nach der Kapitulation von 1945 wird dementsprechend für die SBZ als Periode der "antifaschistisch-demokratischen Ordnung" bezeichnet, in der die "Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution" auf der Tagesordnung stand. Diese Periode endete mit der Gründung der DDR im Oktober 1949.

Ihre wesentlichen Kriterien sind: Enteignung des Großgrundbesitzes (Bodenreform), Enteignung der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen, Zerschlagung der Reste des alten Verwaltungs- und Justizapparates sowie die sog. demokratische Bildungsreform.

Zugleich wurde ab Mitte 1948 durch die Umbildung der SED in eine bolschewistische Kaderpartei die Grundlage für die Inangriffnahme der "proletarischen Revolution" geschaffen.

Mit der zwischen 1949 und 1952 durchgeführten Unterwerfung aller übrigen Parteien und Organisationen vollzog sich der Übergang von der "antifaschistisch-demokratischen" Periode zur Volksdemokratie.

Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 wurde der "Aufbau der Grundlagen des Sozialismus" proklamiert. Völlige Zentralisierung der Verwaltung, strikte Unterordnung des Staatsapparates unter die Befehlsgewalt der SED, volle Verstaatlichung der Industrie und Teilkollektivierung der Landwirtschaft sind die entscheidenden Maßnahmen in dieser Periode. Auf dem V. Parteitag der SED proklamierte Ulbricht den Übergang in die neue Phase der Vollendung des Sozialismus. In dieser Periode erfolgte im April 1960 der Abschluß der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Diese parteioffizielle Periodisierung unterschlägt allerdings die entscheidende Tatsache, daß diese gesellschaftlichen Prozesse, die die einzelnen Phasen kennzeichnen, keineswegs aus innerem Zwang, aus den Bedürfnissen und der Bereitschaft der Bevölkerung erfolgten, sondern als eindeutiges Diktat einer kleinen Minderheit.

Dieses Diktat wurde zunächst von der sowjetischen Besatzungsmacht und später von der im Schutze ihrer Bajonette arbeitenden SED-Führung ausgeübt, der es bis heute nicht gelungen ist, die Mehrheit der Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen und damit den Akt der "kalten Revolution" zu legalisieren.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den "Staatsapparat" der SBZ (x009/416): >>>Zum Staatsapparat gehören nach kommunistischer Lesart die Regierung, der Verwaltungsapparat, die Streitkräfte, die Polizei, der Sicherheitsdienst, die Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Der Staatsapparat wird als "Hauptinstrument zum Aufbau des Sozialismus" mit "politisch-erzieherischen und wirtschaft-organisatorischen Funktionen" bezeichnet. Grundlegendes Organisationsprinzip des Staatsapparates ist der demokratische Zentralismus. Verpflichtendes Arbeitsprinzip ist die Parteilichkeit im Sinne der SED, die über die regionalen und zentralen Organe den Staatsapparat kontrolliert und anleitet.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Frage berichtet später über die "Demokratie" in der SBZ (x009/92): >>... Nach Auffassung Marx' und Engels' ist in der Demokratie die Ausbeutung nicht aufgehoben. ...

Dennoch stellt nach klassisch-marxistischer Auffassung die bürgerliche Demokratie einen Fortschritt gegenüber dem absolutistischen Feudalstaat dar, weil sie dem Proletariat das Wahlrecht, Rede- und Koalitionsfreiheit bringt und damit erleichternde Voraussetzungen für die Zerstörung der kapitalistischen Ordnung schafft.

Die bürgerliche Demokratie ist zwar eine "Diktatur der Minderheit über die Mehrheit", der Bourgeoisie über das Proletariat, bildet aber ein erstrebenswertes Übergangsstadium auf dem

Wege zur Diktatur des Proletariats und zum Sozialismus und damit zu einer "Diktatur der Mehrheit über die Minderheit". Noch Lenin erklärte: "Die reine Demokratie ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält" (Ausgewählte Werke, Bd. 2, Moskau 1947, S. 423).

Mit dem Eintritt der Sowjetunion in die Weltpolitik (Aufnahme in den Völkerbund 1934) erfuhr ihre Einstellung zur Demokratie eine Wandlung, die mit dem anglo-amerikanisch-sowjetischen Bündnis von 1941 abgeschlossen wurde. Die Sowjetunion glaubte, ihre weltanschaulichen Gegner mit den eigenen Waffen zu schlagen, indem sie die Staatsform der Sowjetunion als die wahre Demokratie, als eine "Demokratie für die Werktätigen, eine Demokratie für alle" und damit als "reale Demokratie" gegenüber der bloß "formalen" bürgerlichen Demokratie bezeichnete.

Der Begriff Demokratie wurde nach dem Kriege in den Satellitenstaaten und der SBZ zur Kennzeichnung des Übergangszustandes auf dem Wege zur Bolschewisierung durch die Begriffe Volksdemokratie oder Antifaschistisch-demokratische Ordnung willkürlich gedehnt und mißbraucht.

In jüngster Zeit wird das Bestreben der ehemaligen Kolonialländer nach Unabhängigkeit unter dem Begriff der Nationaldemokratie von den Bolschewisten auf sowjetische Empfehlung hin positiv gewertet, da man darauf spekuliert, die Entwicklungsländer gegen das kapitalistische Lager zu gewinnen.<<